

"Wir sind eine Oligarchie"

Der Chefökonom des griechischen Linksbündnisses Syriza erklärt, was seine Partei im Fall eines Wahlsieges vorhat und was dieser die Deutschen kosten würde. Interview: Mark Schieritz

DIE ZEIT: Herr Milios, was wird Syriza zuerst tun, falls das Bündnis am 25. Januar die Wahl in Griechenland gewinnt?

John Milios: Wir werden uns um die humanitäre Krise kümmern. Wir reden hier von Krebspatienten, die wegen der Sparmaßnahmen keine angemessene Behandlung bekommen, von Obdachlosen, von Mangelernährung. Das ist ein Skandal. Es ist eine Errungenschaft der europäischen Zivilisation, dass der Staat seine Bürger mit dem Nötigsten versorgt.

ZEIT: Sie haben Ihren Wählern versprochen, den Kreditvertrag mit der EU zu "zerreißen".

Milios: Das war ein Slogan. Wir werden den Kreditvertrag verhandeln. Griechenland hat in den vergangenen Jahren rund ein Viertel seiner Wirtschaftsleistung verloren. Zuletzt gab es zwar wieder etwas Wachstum, aber viel zu wenig, um die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Wir werden die Sparpolitik beenden, die unser Land ruiniert hat.

ZEIT: Damit werden die Geldgeber in Brüssel und Berlin nicht einverstanden sein. Sie beharren auf Fortsetzung der Reformen.

Milios: Wir sind nicht gegen Reformen. Griechenland braucht Reformen. Aber es braucht Reformen, die die Wirtschaft stützen und von den Menschen akzeptiert werden. Ich glaube zum Beispiel nicht, dass es eine sinnvolle Reform ist, Krankenhäusern das Budget zu streichen, wie es geschehen ist.

ZEIT: Was wäre denn eine sinnvolle Reform?

Milios: Wir werden zum Beispiel die Zahl der Ministerien von 18 auf zehn verringern. Wir werden die bürokratischen Hürden für kleine und mittlere Unternehmen senken. Wir werden den Mindestlohn wieder anheben – auf 750 Euro monatlich.

ZEIT: Wie wollen Sie Ihre Wahlversprechen denn finanzieren?

Milios: Schauen Sie sich unser Programm an! Wir planen Ausgaben in Höhe von knapp elf Milliarden Euro, und diese Ausgaben sind gegenfinanziert. Wir werden zum Beispiel ausstehende Steuerforderungen eintreiben.

ZEIT: Das hat auch die derzeitige Regierung versucht, und es ist ihr nicht gelungen.

Milios: Sie hat es eben nicht ernsthaft versucht, weil sie bestimmte oligarchische Gruppen schonen wollte. Wir werden keine neuen Defizite produzieren. Griechenland erwirtschaftet derzeit vor Zinszahlungen einen Etatüberschuss.

ZEIT: Dieser Überschuss ist in den Abmachungen mit den Kreditgebern fest für den Schuldendienst eingeplant.

Milios: Das ist das Problem. Wir brauchen zumindest einen Teil des Geldes, um die Wirtschaft durch mehr Investitionen zu stützen. Dann werden die Steuereinnahmen steigen, und wir werden

auch die Schulden leichter abtragen können.

ZEIT: Selbst wenn das gelingt, wird es einige Zeit in Anspruch nehmen.

Milios: Deshalb setzen wir darauf, dass wir uns am Kapitalmarkt Geld leihen.

ZEIT: Im Moment müssten Sie dort sehr hohe Zinsen bezahlen.

Milios: Wir gehen davon aus, dass sich das ändert. Die Investoren werden Vertrauen fassen, wenn wir unser Programm umsetzen und die Wirtschaft an Fahrt aufnimmt. Ich kann die Deutschen jedenfalls beruhigen: Wir wollen kein neues Hilfsprogramm. Wir wollen nicht mehr abhängig sein.

ZEIT: Sie waren kürzlich selbst in London, um mit Anlegern zu sprechen. Wie war die Stimmung bei diesen Treffen?

Milios: Ich würde sagen, sie war gut. Mit den langfristig orientierten Investoren können wir gut zusammenarbeiten. Sie sind daran interessiert, dass die griechische Wirtschaft vorankommt. Wir haben aber klargemacht, dass wir zum Beispiel nicht bereit sind, Staatsunternehmen zum Ramschpreis zu veräußern, um Investoren anzulocken.

ZEIT: Sie sagen, die Sparpolitik hat das Land ruiniert. Die Entscheidungen über die konkrete Umsetzung der Auflagen wurden aber in vielen Fällen in Griechenland getroffen.

Milios: Korrekt. Die derzeitige Regierung und ihre Vorgänger sind maßgeblich für den Schlamassel verantwortlich. Seit dem Fall der Junta ...

ZEIT: ... der griechischen Militärdiktatur, die bis 1974 herrschte ...

Milios: ... haben die Eliten das Land ausgebeutet. Wir sind eine Oligarchie, in der einige wenige den Wohlstand unter sich aufteilen. Das Ausmaß an Korruption und Klientelismus ist mit europäischen Standards nicht vereinbar.

ZEIT: Dieser Sichtweise würde die sogenannte Troika aus EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfond wahrscheinlich zustimmen. Was haben Sie an ihr auszusetzen?

Milios: Die Troika hat gefordert, das Steuersystem gerechter und effizienter zu gestalten, aber als das nicht passiert ist, hat sie nichts gesagt. Die Troika ist auch nicht eingeschritten, als die Gesundheitsausgaben auf sechs Prozent der Wirtschaftsleistung gesenkt wurden – obwohl in vielen europäischen Ländern acht Prozent und mehr üblich sind. Sie hat ihre Glaubwürdigkeit verloren. Wir werden die Troika nicht mehr akzeptieren.

ZEIT: Das Problem könnte sein, dass das die Geldgeber nicht akzeptieren.

Milios: Deshalb werden wir in Verhandlungen treten. Und ich bin mir sicher, dass wir uns einigen werden.

ZEIT: Und wenn nicht, gibt Griechenland den Euro auf?

Milios: Kein Mitglied der Euro-Zone wird austreten, davon bin ich überzeugt. Es würde enormen Schaden anrichten, weil die Finanzmärkte sich sofort fragen würden, welches Land das nächste ist. Es wäre der Anfang vom Ende der gemeinsamen Währung.

ZEIT: Mit anderen Worten: Sie erpressen andere Mitglieder der Währungsunion.

Milios: Wir erpressen niemanden. Der Austritt eines Landes ist mit der Idee einer Währungsunion schlicht nicht vereinbar.

ZEIT: In Berlin wird trotzdem über einen solchen *Grexit* spekuliert.

Milios: Ich bin sehr traurig über das, was ich zuletzt aus Deutschland gehört habe. Das ist der Versuch, unseren Wahlkampf zu beeinflussen. Wir wollen den Euro nicht aufgeben, und wir werden das auch nicht tun.

ZEIT: Eine Ihrer wichtigsten Forderungen ist ein Schuldenschnitt. Die Bundesregierung ist dagegen, und die EU hält allenfalls eine Verlängerung der Kreditlaufzeiten oder niedrigere Zinsen für möglich.

Milios: Die Schuldenlast muss sinken. Das ist unsere Forderung. Es gibt auf der technischen Ebene viele Lösungen, um dieses Ziel zu erreichen. Wir werden auch darüber mit unseren Partnern in Europa sprechen.

ZEIT: Griechenland bezahlt bereits vergleichsweise wenig Zinsen. Warum sollten die deutschen Steuerzahler auf Forderungen verzichten?

Milios: Weil es der einzige Weg ist, um in Europa wieder für mehr Wachstum zu sorgen. Davon profitiert auch Deutschland. Sie können uns vertrauen.

ZEIT: Griechenland hat dieses Vertrauen in der Vergangenheit oft enttäuscht.

Milios: Nicht Griechenland, sondern die korrupte Elite, die das Land heruntergewirtschaftet hat. Wir sind nicht Teil dieses Systems.

ZEIT: Syriza ist ein Bündnis aus verschiedensten Gruppierungen: Sozialdemokraten, Maoisten, Ökosozialisten. Wie wollen Sie mit einem bunten Haufen regieren?

Milios: Sie beschreiben die Vergangenheit. Wir sind heute eine einheitliche Partei. Wir haben im vergangenen Jahr ein Regierungsprogramm verabschiedet, das von allen mitgetragen wird.

ZEIT: Führen Sie oder Ihre Parteikollegen mit der deutschen Seite bereits Gespräche?

Milios: Es gibt Kontakte, aber darüber möchte ich in der Öffentlichkeit nicht sprechen.